

nd-ticker

Aspekte der Nachrichtendienstlichen Lage

Islamischer Staat: Tötet die Ungläubigen!

Hans-Ulrich Helfer

Nach all den schrecklichen Anschlägen in unseren Nachbarländern durch die Krieger des Islamischen Staates und deren Drohungen auch gegen die Bürgerinnen und Bürger der Schweiz sollte eigentlich jedem klar sein, dass es nur noch eine Frage der Zeit ist bis es zu einem Anschlag in der Schweiz kommt. Schweizerinnen und Schweizer sowie ihre Vertreter im National- und Ständerat tragen die Verantwortung für eine gezielte Bekämpfung der Terroristen, beispielsweise durch ein deutliches Ja bei der kommenden Abstimmung zum neuen Nachrichtendienstgesetz (NDG).

Tötet die Ungläubigen

Der Ruf der Vertreter des Islamischen Staates «Tötet die Ungläubigen, wo ihr sie zu fassen bekommt!» wird von vielen Westeuropäern schmerzlich zur Kenntnis genommen. Welche Ideologie steht hinter diesem Ruf und welche Ansätze sind in der Schweiz vorhanden?

Koran, Sure 2,191

"Und tötet sie, wo ihr sie zu fassen bekommt, und vertreibt sie, von wo sie euch vertrieben haben. Der Versuch zu verführen ist schlimmer als Töten. Jedoch kämpft nicht bei der heiligen Kultstätte gegen sie, solange sie nicht dort gegen euch kämpfen! Aber wenn sie gegen euch kämpfen, dann tötet sie! Derart ist der Lohn der Ungläubigen."

Wahabismus der Wahabiten

Der Wahabismus (Ideologie der Wahabiten), Staatsreligion in Saudi Arabien, ist eine fundamentalistische Richtung des Islam - eben ein Islamismus, welche eine sehr strenge Einfachheit des Lebens verlangt, die Heiligenverehrung ablehnt und die Wirksamkeit fremder Fürbitte bei Allah leugnet. Die Taliban, die Terrororganisation Al-Qaida oder der Islamische Staat mit ihren Selbstmordattentätern waren bislang die bekanntesten Wahabiten ausserhalb Saudi-Arabiens.

Der Begründer des Wahabismus, Mo-

ammed Ibn Abdel Wahab (etwa 1703 bis 1791), stammte aus Diriyah, einem Ort in der Nähe des heutigen Riad. Nach dem Besuch verschiedener islamischer Schulen auf der Arabischen Halbinsel und im damaligen Osmanischen Reich, kam er zu der Schlussfolgerung, dass sich der Islam in all seinen Richtungen weit von dem 'reinen' Ursprung entfernt habe. Die Muslime betrieben seiner Auffassung nach Vielgötterei und verehrten materielle

Objekte (beispielsweise Heiligengräber). Er predigte eine Rückkehr zu den Werten und der Lebensweise des Propheten Mohammed.

Die Vorstellungen des Gründers fanden bei den damaligen sunnitischen Gelehrten keine Resonanz. Er wurde aus seiner Heimatstadt verbannt. Der islamische Weltverbesserer fand sodann als Wanderprediger etwa Mitte des 18. Jahrhunderts Unterschlupf beim aufstrebenden Beduinen-Scheich des Stammes al-Saud. Diese offiziell unter dem Osmanischen Reich stehenden Beduinen begannen mit dem Wahabismus einen beispiellosen Eroberungsfeldzug, der neben der machtpolitischen auch eine missionierende Komponente beinhaltete: Alle eroberten Stämme wurden vor die Wahl gestellt, sich dem Wahabismus zu unterwerfen oder sofort umgebracht zu werden. In den Jahren vor dem Zerfall des Osmanischen Reiches mussten die Wahabiten jedoch auch etliche Niederlagen hinnehmen.



Alleine im Jahr 2015 wurden laut Europol in Europa über 150 Menschen durch Krieger des Islamischen Staates getötet. © Bild: fotolia.de; Nr. 103602971; vchalup

Islamismus

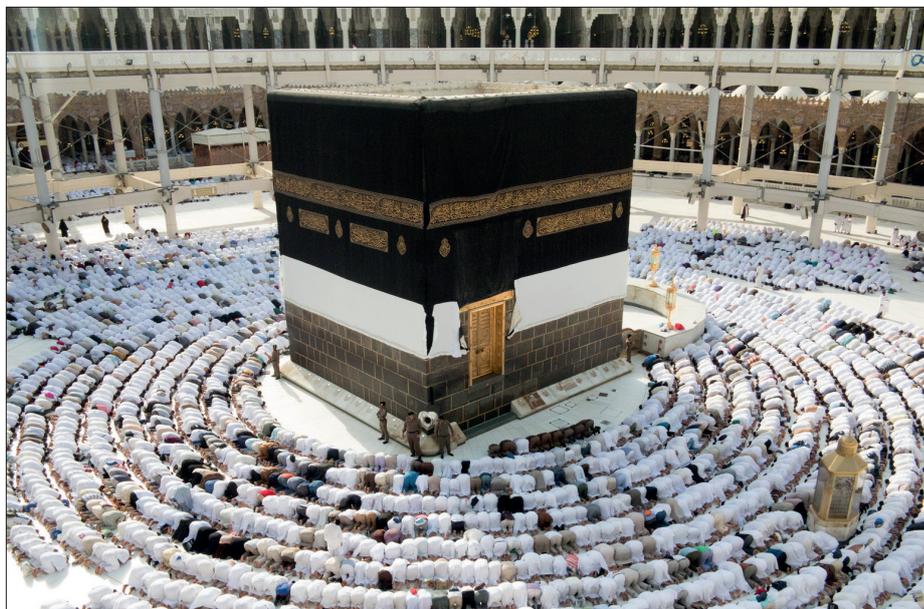
Die beabsichtigte Aufspaltung nach dem ersten Weltkrieg der Arabischen Halbinsel in einen Teil im Osten und einen im Westen wurde durch die militärischen Erfolge des Stammes al-Saud zunichte gemacht. Mit der Eroberung von Mekka und Medina entstand mit Saudi-Arabien ein dominanter Staat, der durch die ausgedehnten Reserven an Erdöl rasch an Bedeutung gewann. Diese Entwicklungen schloss die politische Konsolidierung der Wahabiten ab, die bis heute anhält.

Die Wahabiten betrachten sich als die einzig wahren Muslime. Sie lehnen alle anderen Richtungen des Islam ab und sind deshalb auch kompromisslose Gegner der Schiiten. In Saudi-Arabien ist der Wahabismus heute absolute Staatsreligion, das Konvertieren zu anderen Richtungen des Islam ist streng verboten. Gleichzeitig fördert der saudi-arabische Staat dem Wahabismus nahe stehende Organisationen in allen Regionen der Welt. Etliche islamistische Organisationen, sowohl in islamisch dominierten Ländern, als auch in Europa und Amerika, haben enge Verbindungen zu den Vertretern des Wahabismus.

Wahabiten in der Schweiz?

Der Islam hat in der Schweiz laut der Volkszählung aus dem Jahr 2012 rund 328'000 Anhänger, andere Angaben gehen bereits 2007 von über 440'000 Muslimen in der Schweiz aus (5,8 % Anteil in der Gesamtbevölkerung). Davon besitzen über 50'000 Bürgerinnen und Bürger den Schweizer Pass, damit entwickelt sich die muslimische Gemeinschaft zu einem festen Bestandteil des sozialen und politischen Lebens der Schweiz. Die Zahlen sind jedoch mit Vorbehalt zu geniessen, da von der Volkszählung weder jene Bürger berücksichtigt werden, die sich illegal in der Schweiz aufhalten und deren Zahl auf über 250'000 geschätzt wird, noch jene, die bisher als Flüchtlinge nur eine vorläufige Aufnahme in der Schweiz fanden, teilweise aber bereits mehrere Jahre anwesend sind. Zudem ist zu bedenken, dass sich die Zahl der Muslime seit der Volkszählung markant erhöht hat.

Die Muslime in der Schweiz bilden weder ethnisch, noch kulturell, noch sprachlich, noch politisch eine Einheit. Eine Radikalisierung der schweizerischen Muslime geschieht hauptsächlich durch religiöse Predigten und Schriften. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass dies keinesfalls nur von den Wahabiten aus geschieht, sondern auch durch Schiiten, die dem Iran nahe stehen. Innerhalb der Radikalisierung sind besonders politische Flüchtlinge und Immigranten der zweiten Generation



Wäre es nicht an der Zeit, dass sich auch verantwortungsvolle Führer der islamischen Welt als Mediator für ein friedliches Nebeneinander aller Völker auf dieser Erde einsetzen würden?
© Bild: fotolia.de; Nr. 61020253; Urheber: Jasmin Merdan

arabischer Herkunft sowie Konvertiten zu finden. Der extremistische Islamismus in der Schweiz wird nur in wenigen Einzelfällen von Bürgern aus der Türkei oder Ex-Jugoslawiens gepredigt.

In einigen Moscheen in der Schweiz (Übersicht der Moscheen in der Schweiz siehe www.islam.ch) wird jedoch auch der Wahabismus gefördert. Dies verwundert nicht, wird doch auch in der Schweiz ein grosser Teil der islamischen Begegnungstätten durch Saudi-Arabien finanziert. Insgesamt ist auch hier festzuhalten, dass die Tätigkeiten innerhalb der liberalen schweizerischen Gesetzgebung geschehen.

Doch es gibt auch Ausnahmen. Das Bundesamt für Polizei (fedpol) warnte: Islamistische Gewaltextremisten missbrauchten unser Land in erster Linie als Unterstützungsbasis in den Bereichen Finanzierung, Propaganda und Logistik. Es besteht aber ein erhöhtes Risiko, dass sich in der Schweiz wohnhafte Sympathisanten radikalieren und der dschihadistischen Bewegung anschliessen. Bereits früher meinte der Bundesrat: Als prominenter Verfechter einer Durchsetzung islamistischer respektive salafistischer Werte kann in der Schweiz etwa der Islamische Zentralrat Schweiz (IZRS) (www.izrs.ch) gelten.

Fragen und Antworten

Wichtige Fragen zum Thema Wahabismus werden von bedeutenden Regierungen wie derjenigen der USA und Grossbritanniens, Frankreichs oder der Schweiz vermieden. So könnte beispielsweise gefragt werden: Wie viele Milliarden US-Dollar gibt das saudische Königshaus und der Familienclan pro Jahr für die Ver-

breitung des sektiererischen Wahabismus im Ausland aus? Warum distanziert sich das Königshaus von Saudi-Arabien, wo der Wahabismus ja die offizielle Staatsreligion ist, nur zögerlich von islamistisch-terroristischen Gruppierungen? Wie ist zu erklären, dass 15 der 19 Terroristen des 11. Septembers 2001 Pässe Saudi-Arabiens hatten und einige davon aus einflussreichen saudischen Familien stammten? Wollen die Europäer wirklich Länder wo radikal-ideologische Zentren bestehen, in die EU aufnehmen? Ist es richtig, dass Personen in der Schweiz einen extremistischen Islamismus predigen dürfen, wenn diese in anderen Ländern Einreisesperre haben? Wäre es nicht an der Zeit, dass sich auch verantwortungsvolle Führer der islamischen Welt als Mediator für Mässigung und ein friedliches Nebeneinander aller Völker auf dieser Erde einsetzen würden?

Nachrichtendienst und Politik

Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) ist in Teilbereichen mit der Situation der radikalen Schweizer Islamisten überfordert, weil er nicht über die nötigen Ressourcen verfügt. Einerseits fehlt genügend Personal und die wichtige Technik sowie das neue Nachrichtendienstgesetz für den Einsatz dieser dringend nötigen Mittel. Andererseits verkommt ein fragwürdiger Datenschutz zum allseits bekannten Täterschutz. Auch Sympathisanten der Terrororganisation „Islamischer Staat“ sind in der Schweiz genügend zu beobachten und gesetzlich zu verfolgen. Wie fast immer liegt die Verantwortung bei den gewählten National- und Ständeräte diese sollten endlich ihren Volksauftrag wahrnehmen und im Parlament handeln. ●

Am 25. September Ja zum neuen Nachrichtendienstgesetz

Als eine moderne Gesetzesgrundlage soll das neue Nachrichtendienstgesetz (NDG) alle nachrichtendienstlichen Tätigkeiten umfassend regeln. Die geltenden nicht mehr den modernen Bedrohungen und Risiken entsprechenden Gesetze sollen abgelöst werden. Schweizerinnen und Schweizer stimmen deshalb am 25. September 2016 über das neue Gesetz mit "Ja" ab.

Am 17. März 2015 hat der Nationalrat das Geschäft mit 119 zu 65 Stimmen bei 5 Enthaltungen befürwortet. Am 17. Juni folgte der Ständerat mit 32 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen - mit Differenzen. Nach der Differenzbereinigung haben beide Räte das Gesetz am 25. September 2015 verabschiedet. Ergebnis Schlussabstimmung im Nationalrat: 145 Ja, 41 Nein, 8 Enthaltungen. Ergebnis Schlussabstimmung im Ständerat: 35 Ja, 5 Nein, 3 Enthaltungen.

Das NDG formuliert neu den Auftrag zur umfassenden Lagebeurteilung durch den Nachrichtendienst des Bundes (NDB) zugunsten seiner Leistungsbezüger. Das Gesetz verschafft dem NDB bessere Möglichkeiten zur Früherkennung und zum Schutz der Schweiz und ihrer Bevölkerung. Die im NDG vorgesehenen neuen Mittel zur Informationsbeschaffung sind nur dann vorgesehen, wenn sie zuvor durch drei Instanzen bewilligt worden sind: Bundesverwaltungsgericht, Sicherheitsausschuss des Bundesrates und Chef VBS.

Linke dagegen

Die Publikation des NDG im Bundesblatt erfolgte am 6. Oktober 2015. Eine Allianz aus Juso-, Grünen- und SP-Vertretern sowie Organisationen wie die Digitale Gesellschaft oder Grundrechte.ch hat das Referendum lanciert. Dieses ist am 2. Februar 2016 mit 56'055 gültigen Unterschriften zustande gekommen. Die Volksabstimmung findet am 25. September 2016 statt. Das Gesetz tritt frühestens Mitte 2017 in Kraft.

Der Nachrichtendienst des Bundes

Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) ist ein sicherheitspolitisches Instrument der Schweiz mit einem gesetzlich klar definierten Auftrag. Seine Kernaufgaben sind die Prävention und die Lagebeurteilung zuhanden der politischen Entscheidungsträger.

Der NDB befasst sich im Inland mit der Früherkennung und Bekämpfung von Terrorismus, gewalttätigem Extremismus, Spionage, der Verbreitung von

Massenvernichtungswaffen und deren Trägertechnologie sowie Cyberangriffen auf kritische Infrastrukturen. Im Ausland beschafft der NDB sicherheitspolitisch wichtige Informationen und wertet diese aus. So liefert er entscheidende Beiträge für die umfassende Beurteilung der Bedrohungslage. Auf Stufe Bund bedient der NDB primär den Bundesrat, die Departement-

«Führungs- und Einsatzunterstützung».

Der Nachrichtendienst des Bundes ist ein kleiner, aber wirksamer und hoch effizienter Nachrichtendienst. Er beschäftigt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus vielen Berufsgruppen. Sie unterstehen der ordentlichen Personalgesetzgebung des Bundes. Generell sind neben fundierter Ausbildung Interesse an innen- und aussenpolitischen Fragestellungen, an anderen Kulturen sowie Sprachkenntnisse und Mobilität gefordert. Gestützt auf das BWIS und die Verordnung über die Personensicherheitsprüfung werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des NDB entsprechend ihrer sensitiven Funktion sicherheitsgeprüft.



Das neue Gesetz ermöglicht die Sicherheit der Schweiz zu erhöhen und wichtige Landesinteressen zu wahren. Auch die Gesetze müssen den neuen Bedrohungen angepasst werden.
© Bild: fotolia.de; Nr. 82977272 ; Urheber: Focus Pocus LTD

mente sowie die militärische Führung mit seinen Produkten. Er unterstützt zudem die Kantone bei der Wahrung der inneren Sicherheit und die Strafverfolgungsbehörden auf Bundesebene. Dabei ist die präventive Tätigkeit des NDB klar von der repressiven Tätigkeit der Strafverfolgungsbehörden abzugrenzen. Der NDB ist keine Strafverfolgungsbehörde. Seine Kernaufgaben sind die Prävention und die Lagebeurteilung zuhanden der politischen Entscheidungsträger.

Die Organisation des NDB folgt grundsätzlich dem nachrichtendienstlichen Zyklus bzw. Grundprozess. Der NDB besteht aus den Direktionsbereichen «Stab NDB», «Steuerung und Lage», «Beschaffung», «Informationsmanagement», «Auswer-

Sämtliche Tätigkeiten des NDB unterliegen einer durchgehenden Kontrolle, namentlich durch das VBS, den Bundesrat und die Geschäftsprüfungsdelegation des Parlaments.

Deutliches JA für das NDG

Das neue Gesetz ermöglicht die Sicherheit der Schweiz zu erhöhen und wichtige Landesinteressen zu wahren. Der Bundesrat kann den NDB so zum Schutz der verfassungsrechtlichen Grundordnung, der Aussenpolitik sowie des Werk-, Wirtschafts- und Finanzplatzes Schweiz einsetzen. Das NDG wahrt die individuelle Freiheit der Schweizer Bürger. Eingriffe in die Privatsphäre erfolgen mit grösster Zurückhaltung. (VBS, u.a.) ●

Kasachstan: Mediator zur Terrorismus-Bekämpfung

Der Kampf gegen den islamistischen Terrorismus in Europa ist kurz- und mittelfristig aussichtslos. Es fehlt ein zeitgemässes länder- und behördenübergreifendes Lagebild. Es mangelt besonders am kulturellen Verständnis unter Einbezug einer umfassenden Präventionsstrategie. Die seit Jahren andauernden personellen und strukturellen Änderungen innerhalb der Polizei- und Nachrichtendienste deuten zudem auf eine hohe Ratlosigkeit bei den politisch Verantwortlichen hin. Gefragt wäre insbesondere ein kultureller Mediator. Eine solche Rolle hat kürzlich die kasachische Regierung nach Terroranschlägen im eigenen Land angekündigt.

finden. Der Westen und Süden des Landes sind gewissen extremistischen islamischen Entwicklungen ausgesetzt, die eskalieren können. Die kasachischen Behörden machen auf das Risiko terroristischer Akte aufmerksam. Am 18. Juli 2016 wurden bei einem bewaffneten Überfall auf einen Polizeiposten in Almaty mehrere Polizisten und Zivilpersonen erschossen oder verletzt. Lassen Sie Vorsicht walten und befolgen Sie die Anweisungen der lokalen Behörden." (EDA)

Wichtige Anschläge in Kasachstan

Aktobe befindet sich im nordwestlichen Teil des zentralasiatischen Landes unweit der Grenze zu Russland. Sie ist Hauptstadt des gleichnamigen Gebietes und liegt am linken Ural-Nebenfluss Ilek. In Aktobe leben rund 400'000 Einwohner. Am 17. Mai 2011 sprengte sich ein Selbstmordattentäter im regionalen Dienstsitz des kasachischen Geheimdienstes KNB in Aktobe in die Luft. Der Anschlag war der erste Selbstmordanschlag mit islamistischem Hintergrund in Kasachstan. Wenige Anschläge in Städten folgten.

Am 5. Juni 2016 kam es zum bislang schwerste Terroranschlag in Kasachstan. Bei mehreren Attentaten in Aktobe wurden insgesamt 25 Menschen getötet, darunter 18 Angreifer. Dabei kam es zu Angriffen auf zwei Waffengeschäfte und einen Stützpunkt der kasachischen Nationalgarde durch mehrere bewaffnete Angreifer. In den folgenden Tagen kam es in der Stadt zu mehreren Feuergefechten zwischen den Sicherheitsbehörden und weiteren mutmasslichen islamistischen Extremisten.

Nach einer von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen veröffentlichten Analyse ist in Kasachstan seit Jahren das Phänomen des Zusammenwachsens von Kleinkriminalität und gewaltbereiten Extremismus zu beobachten, dabei würden Diebstähle und Raubüberfälle begangen, um die terroristischen Tätigkeiten zu finanzieren. Im Vergleich mit anderen Ländern seien radikal religiöse Ideen in Kasachstan nur wenig verbreitet. (Wikipedia)

Kasachstan - Mediator bei der weltweiten Terrorismus-Bekämpfung

Kasachstan wird seit mehr als einem Vierteljahrhundert von Präsident Nursultan Nasarbajew regiert und Kasachstan gilt grundsätzlich als stabiles und sicheres Land. Mit Waffengewalt, Polizei und Justiz, alleine kann aber der Kampf gegen den is-



Die Nur-Astana-Moschee in der kasachischen Hauptstadt Astana ist die grösste Moschee in Kasachstan und in Zentralasien. Sie wurde nach drei Jahren Bauzeit im Jahr 2005 vom Präsidenten Nursultan Nasarbajew eröffnet. © Bild: fotolia.de; Nr. 95651432; Urheber: areporter

lamistischen Terrorismus nicht gewonnen werden. Nötig ist ein kultureller Dialog zwischen den islamistisch beeinflussten islamischen sowie den westlichen christlichen Staaten. So etwas in die Wege zu leiten und tatsächlich auch durchzuführen sowie zu begleiten, das kann nur eine Organisation, welche im islamischen Kulturbereich von grösserer Bedeutung ist. Eine der Möglichkeiten ist das diesbezügliche weltweite Engagement Kasachstans.

Sicherheit an der Weltausstellung im Sommer 2017 in Astana

In den aktuellen Reisehinweise für Kasachstan des Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) in Bern heisst es unter anderem: "Die politische und soziale Lage kann als stabil bezeichnet werden. Lokal begrenzte gewaltsame Demonstrationen können aber vorkommen, vor allem im Westen des Landes, wo sich die Erdölfelder be-

Als Thema für die Expo 2017 wurde Future Energy: Action for Global Sustainability (Energie der Zukunft: Massnahmen für weltweite Nachhaltigkeit) gewählt. Dabei soll die ausreichende und gesicherte Versorgung mit Energie in Entwicklungsländern genauso thematisiert werden wie der Übergang von fossilen zu erneuerbaren Energien. Der Bundesrat hat am 22. April 2015 die Teilnahme der Schweiz an der Expo 2017 beschlossen und einen entsprechenden Kredit von CHF 4.7 Mio. gesprochen

Die kasachische Regierung erwartet ab Juni 2017 über fünf Millionen Besucher aus der ganzen Welt. Sie wird in den kommenden Monate und an der Expo selber alles tun, um die Sicherheit der Besucher und Aussteller zu gewährleisten. Zudem hat sie schon früher als Mitglied der OSZE umfassende Zusagen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus bezeugt und Anstrengungen unternommen. ●

Pessimistische Einschätzung der weltpolitischen Lage

Die Schweizer Stimmbevölkerung beurteilt die weltpolitische Lage pessimistisch. Das Sicherheitsempfinden ist signifikant gesunken und Schweizerinnen und Schweizer blicken der Zukunft der Schweiz pessimistischer als im Vorjahr entgegen. Aber: Das Vertrauen der Befragten in Behörden und Institutionen, insbesondere in sicherheitsgenerierende Organe wie Polizei, Gerichte und Armee, ist gestiegen und überdurchschnittlich hoch.

Pessimistische Einschätzung

Schweizerinnen und Schweizer schätzen die weltpolitische Lage in den nächsten fünf Jahren insgesamt signifikant «pessimistischer» ein als im Jahr 2015 (74%, +20%). Der Anteil, der die weltpolitische Lage optimistisch einschätzt, ist signifikant gesunken (25%, -20%). Die weltpolitische Lage wird aktuell so pessimistisch wie noch nie zuvor eingeschätzt.

Weniger sicher

86% (-5%) der Schweizerinnen und Schweizer geben an, sich sicher zu fühlen und 75% (-4%) sehen zuversichtlich in die nähere Zukunft der Schweiz. Sowohl das allgemeine Sicherheitsempfinden als auch die Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz ist im Vergleich zum Vorjahr signifikant gesunken.

Vertrauensvoll

Das Vertrauen in Institutionen und Behörden liegt in diesem Jahr über dem langjährigen Schnitt (2016: 6.6 auf einer 10er Skala, langjähriger Durchschnitt 6.3). Nach wie vor weist das Vertrauen in die Polizei (7.9, +0.2) den höchsten Wert auf, gefolgt von jenem in die Gerichte (7.3, +0.1). An dritter Stelle steht der Bundesrat mit 7.0 (±0.0). Die mittleren Positionen belegen die Schweizer Wirtschaft (6.8, ±0.0), die Armee (6.7, +0.2) und das eidgenössische Parlament (6.5, +0.1). Das geringste Vertrauen wird nach wie vor den politischen Parteien (5.3, ±0.0) und den Medien (5.1, -0.2) entgegengebracht. Gegenüber 2015 ist das Vertrauen in die Polizei, Gerichte und Armee signifikant gestiegen, jenes in die Medien gesunken.

Auf Sicherheit bedacht

Das Sammeln von Daten über verdächtige Personen (87%; gegenüber 2012 +7%), der Einsatz der Armee zur Sicherung von Ruhe und Ordnung bei Überforderung der Polizei (87%; gegenüber 2013 +10%) sowie die personelle Aufstockung der Polizei (82%; gegenüber 2003 +24%) finden 2016 starken Zuspruch bei der Stimmbevölkerung. Zudem sind 87% der

sich nach wie vor klar im Minoritätsbereich. Die Befürwortung einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der EU ist weiterhin sehr gross (81%, ±0%).

Armeefreundlich

2016 setzt sich das positive Meinungsbild zur Armee fort. Signifikant mehr Schweizerinnen und Schweizer beja-



Die Auffassungen, die Armee zu Gunsten der Polizei einzusetzen sowie den Terrorismus stärker als bisher zu bekämpfen, findet bei der Schweizer Stimmbevölkerung grossen Zuspruch. Schweizerinnen und Schweizer unterstützen nach wie vor die Neutralität sehr stark und zeigen sich wenigeröffnungsbereit als 2015. Die armeefreundliche Einstellung der Schweizer Bevölkerung hat sich weiter akzentuiert. (Bild ZVG von Karl S.)

Schweizerinnen und Schweizer der Ansicht, dass es «für unsere Sicherheit wichtig ist, dass wir den Terrorismus stärker als bisher bekämpfen». Die Auffassung, dass es «für unsere Sicherheit wichtig ist, dass wir den Terrorismus mit allen Mitteln bekämpfen, auch wenn dabei unsere persönliche Freiheit eingeschränkt werden muss» wird mehrheitlich befürwortet und erreicht aktuell denselben Wert wie 2013 (66%). Es zeigt sich ebenfalls, dass die Schweizer Stimmbevölkerung der Sicherheit gegenüber der Freiheit etwas stärker den Vorrang gibt, als dies in früheren Erhebungen der Fall war.

Neutral und wenigeröffnungsbereit

Die Beibehaltung der Neutralität wird 2016 sehr stark befürwortet. 95% (±0%) stehen hinter diesem Prinzip. 2016 manifestiert sich in der Schweizer Bevölkerung eine geringere Öffnungsbereitschaft. Die Zustimmungen zu einem Nato-Beitritt (22%, -3%) und einem EU-Beitritt (16%, -5%) haben abgenommen und bewegen

hen die Notwendigkeit der Armee als im Vorjahr (84%, +4%). Für 46% (+4%) der Schweizerinnen und Schweizer spielt das Militär im schweizerischen Leben eine zentrale Rolle. Eine Mehrheit von 57% (-1%) aller Befragten unterstützt 2016 die Milizarmee. Die Leistung der Armee wird insgesamt als gut beurteilt (6.5, auf einer Skala von 1-10). Die Mehrheit der Bevölkerung ist der Meinung, dass die Höhe der heutigen Verteidigungsausgaben gerade richtig (48%, +1%) oder sogar zu tief (14%, -2%) sei.

Durchführung der Studie

Die repräsentative Datenerhebung zur Studie «Sicherheit 2016» fand zwischen dem 4. Januar und dem 23. Januar telefonisch bei 1'211 Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern in allen Sprachregionen der Schweiz statt. Der Stichprobenfehler liegt bei ±2.9%. Studie «Sicherheit 2016» der Militärakademie an der ETH Zürich und des Center for Security Studies, ETH Zürich. ●

Die Informationsgruppe PRO-Kampfflugzeuge

Die Schweiz benötigt dringend neue Kampfflugzeuge, deren Kauf ist friedenspolitisch sinnvoll, weil wir damit unsere Eigenständigkeit und Neutralität bewahren. Sicherheitspolitisch wäre er richtig, weil wir damit die Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung aller Bewohner in der Schweiz sichern. Die aktive Informationsgruppe PRO-Kampfflugzeuge unterstützt seit Jahren die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge für eine eigene starke Luftwaffe.

Gründung und Gründer

Der Verein „Informationsgruppe PRO-Kampfflugzeuge“ wurde am 1. März 2009 von Erich Grätzer und Hans-Ulrich Helfer gegründet. Erich Grätzer, geboren 1936, Oberstleutnant a.D., Milizoffizier der Fliegertruppe. Als Instruktionen-Offizier 25 Jahre für die Schweizer Luftwaffe im nationalen und internationalen Einsatz. Hans-Ulrich Helfer, geboren 1951, von 1976 bis 1983 Staatsschutzbeamter, 1983 Gründer Presdok AG (www.presdok.ch), von 1995 bis 2000 FDP-Gemeinderat von Zürich. Berater von staatlichen Institutionen, Firmen, Anwaltskanzleien sowie namhaften Persönlichkeiten.

Grätzer und Helfer setzen sich ein für die unabhängige praktische Sicherstellung der nationalen Lufthoheit durch die Schweizer Luftwaffe, für die Sicherheit der Benutzer des Schweizer Luftraumes und für den Schutz der Bevölkerung vor Bedrohungen aus der Luft.

Zweck laut Statuten

„Der Verein unterstützt die Beschaffung von Kampfflugzeugen und anderer Produkte für die Luftwaffe der Schweizer Armee.“

Begründungen

1. Es braucht eine freie, unabhängige und selbstbestimmte Schweiz, weil nur wer frei, unabhängig und selbstbestimmend ist, die Grundwerte des Humanismus erhalten und auch nach aussen weitertragen kann.

2. Die Schweiz braucht eine eigene Armee, weil nur eine eigene Armee, die aus den Bürgern des eignen Landes besteht, Freiheit, Sicherheit und Selbstbestimmung verteidigen, sicherstellen und garantieren kann.

3. Die Schweizer Armee braucht eine eigene Luftwaffe, weil sie ohne Luftwaffe ihre vielfältigen Aufgaben zum Schutz aller Bewohner nicht erfüllen kann und die Armee ohne eigene Luftwaffe ein Macht-Vakuum im Luftraum zulassen würde.

4. Die Luftwaffe braucht eigene Kampfflugzeuge, weil nur mit eigenen Kampfflugzeugen die Bewohner des Landes rechtzeitig vor Bedrohungen aus der Luft geschützt werden können.



Viel beachtete Facebook-Seite mit gegenwärtig über 15'000 Sympathisanten (Gefällt mir...) Siehe: www.facebook.com/PROKampfflugzeuge

5. Die Luftwaffe braucht neue Kampfflugzeuge, weil nach mehr als 30 Jahren im Einsatz die Flotte der F-5 Tiger am Ende einer sinnvollen Verwendung ist und weil die Schweiz mit den F/A-18 Flugzeugen allein nicht ausreichend geschützt werden kann.

6. Es braucht Schweizerinnen und Schweizer, die deutlich JA zur Luftwaffe sagen, weil sonst die Schweiz in Zukunft keine Kampfflugzeuge mehr einsetzen könnte und die radikalen Gegner ihrem Hauptziel, der kompletten Abschaffung der Armee, wieder einen Schritt näher kommen würden.

7. Es braucht in der Schweiz freie, unabhängige und selbstbestimmte Bürger, weil nur sie die Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung aller Bewohner der Schweiz und ihrer Nachkommen und die Grundwerte der modernen Idee "Schweiz" garantieren können.

Die Luftwaffe ist Teil der Schweizer Sicherheitspolitik: Eine der wichtigsten Aufgaben, welche die Schweizer Armee im Zusammenhang mit der Sicherheitspolitik der Schweiz zu übernehmen hat, ist die Unversehrtheit des Staatsgebietes vor unerwünschter äusserer Einflussnahme zu garantieren. Dazu gehört die Wahrung

der Lufthoheit. Sie ist das Recht eines Staates, die Benützung des über seinem Staatsgebiet liegenden Luftraumes bindend zu regeln und diese Regelung auch durchzusetzen. Das im Völkerrecht verankerte Neutralitätsrecht ist aber im Gegenzug auch eine Verpflichtung für die Schweiz, den eigenen Luftraum zu kontrollieren und allenfalls zu intervenieren.

Öffentlichkeitsarbeit

Die Informationsgruppe betreibt eine dreisprachige Website (www.pro-kampfflugzeuge.ch) und eine viel beachtete Facebook-Seite (www.facebook.com/PRO-Kampfflugzeuge) mit hohen zirka 15'000 Likes (Gefällt mir...) und teilweise gegen 100'000 Beitragsreichweite pro Artikel.

Finanzielles

Der Verein finanziert sich über Spenden auf das Konto der Post Finance Postcheckkonto PC 85-773750-1 IBAN: CH10 0900 0000 8577 3750 1

Anschrift

Verein Informationsgruppe PRO-Kampfflugzeuge, c/o Presdok AG, Mimosenstrasse 5, 8057 Zürich, eMail: info@pro-kampfflugzeuge.ch

News aus der eidgenössischen Verwaltung

Ausländerstatistik

Die Nettozuwanderung in die Schweiz ist im ersten Halbjahr 2016 im Vergleich zur gleichen Periode im Vorjahr zurückgegangen: Der Wanderungssaldo lag Ende Juni 2016 bei rund 29'000 Personen – im Vergleich zu Ende Juni 2015 eine Abnahme von über 17 Prozent. Einerseits nahm die Einwanderung weiter ab und andererseits stieg die Auswanderung im gleichen Zeitraum an.

Muslimische Seelsorge

Am 1. Juli 2016 startete im Testbetrieb Zürich ein Pilotprojekt für eine muslimische Seelsorge in den Bundesasylzentren. Es wurde vom Staatssekretariat für Migration (SEM) in enger Zusammenarbeit mit den reformierten und katholischen Landeskirchen und dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund (SIG) erarbeitet. Für die Umsetzung des Pilotprojektes wurde die muslimische Partnerorganisation Vereinigung der Islamischen Organisationen in Zürich (VIOZ) bestimmt. Ziel des einjährigen Projekts ist es, zu prüfen, ob die flächendeckende Einführung einer muslimischen Seelsorge in den Bundesasylzentren möglich ist und welchen Nutzen ein solches Angebot hat.

Kooperation Sicherheit

Am 5. August 2016 beschlossen die fünf deutschsprachigen Aussenminister auf der Burg Gutenberg in Balzers (Liechtenstein) eine engere Zusammenarbeit bei der Prävention von gewalttätigem Extremismus, der koopera-



ativen Sicherheit in Europa und anderen Regionen sowie der Förderung der deutschen Sprache. Die Minister hoben ferner die Bedeutung enger und konstruktiver Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und ihren Nachbarländern wie der Schweiz hervor.

Schweiz - Syrien

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) hat dem Syrischen Arabischen Roten Halbmond (SARC) zwölf neue Ambulanzfahrzeuge übergeben. Eine schweizerische Delegation hat die Übergabe in der syrischen Hauptstadt Damaskus begleitet.

Schweiz - Nigeria

Die Schweiz und Nigeria wollen bei der Bekämpfung der internationalen Kriminalität enger zusammenarbeiten. Zu diesem Zweck ist am 29. Juli 2016 in Abuja ein Memorandum of Understanding über die internationale Rechtshilfe

in Strafsachen unterzeichnet worden.

Schweiz - Irak

Die Geberkonferenz für den Irak will finanzielle Hilfe für die humanitäre Unterstützung von Zehntausenden von Binnenvertriebenen mobilisieren, die seit Mai vor den anhaltenden Kämpfen auf der Flucht sind. Die Schweiz hat entschieden, zusätzlich eine Million Franken bereitzustellen. Ihr Engagement beläuft sich somit für 2016 auf zehn Millionen Franken.

Helikopterflotte

Die Schweizer Armee verfügt insgesamt über 15 Transporthelikopter des Typs Super Puma, 11 Transporthelikopter des Typs Cougar sowie über 20 leichte Transport- und Schulungshelikopter des Typs EC635. Die Helikopterflotte des Typs EC635 hat die Marke von 50'000 absolvierten Flugstunden erreicht. Zudem haben vor einigen Wochen die

Helikopter der Typen Super Puma und Cougar die Marke von 100'000 geleisteten Flugstunden überschritten.

Tamil Tigers

Die Bundesanwaltschaft hat Anklage eingereicht gegen 13 Beschuldigte aus dem Umfeld der tamilischen Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE). Die Anklage wirft den Beschuldigten vor, durch ein ausgeklügeltes Kleinkredit-System die mutmasslich als Terrororganisation zu betrachtende LTTE finanziell unterstützt zu haben.

IT-Agentur

Die Schweiz will sich an der europäischen Agentur für den Betrieb der Schengen/Dublin-Datenbanken beteiligen. Diese IT-Agentur ermöglicht es, beim Einsatz von Personal und Knowhow Synergien zu nutzen, was zu geringeren Kosten und höherer Verlässlichkeit führt.

UBI

Die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen UBI ist neu auch für Beschwerden gegen Online-Inhalte und weitere publizistische Angebote der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft SRG zuständig.

Soforthilfe

1'117 Opfer von fürsorglichen Zwangsmassnahmen haben in den zwei letzten Jahren insgesamt 8,7 Millionen Franken Soforthilfe erhalten. Damit konnte auf rasche Weise Menschen in finanzieller Notlage geholfen werden. ●

Impressum

nd-ticker: ISSN 1663-8158
Aspekte der Nachrichtendienstlichen Lage



Herausgeberin
Presdok AG, Mimosenstrasse 5, 8057 Zürich
presdok@presdok.ch
http://www.presdok.ch

Verantwortlicher Redaktor
Hans-Ulrich Helfer
helfer@presdok.ch

Layout, Website
Swisswebmaster GmbH
info@swisswebmaster.ch

Erscheinungsweise
Regelmässig als Print- oder Online-Ausgabe.

Bezug, Preise, Unterstützung
Website: www.nd-ticker.ch
Unkosten- und Unterstützungsbeiträge bitte auf Postcheckkonto: 80-9017-3:
IBAN: CH55 0900 0000 8000 9017 3
Vermerk: „nd-ticker“

Druck
Eigendruck

Copyright
Alle Rechte vorbehalten.



Presdok AG

Analyse, Beratung, Dokumentation

www.presdok.ch